

Zeitschrift für angewandte Chemie.

1903. Heft 43.

Über die Kollektivhaftbarkeit im englischen Luftrecht.

Von Konrad W. Jurisch.

Wenn jemand ohne sein Verschulden durch Handlungen oder Unterlassungen eines anderen Schaden erleidet, so entspricht es dem allgemeinen Rechtsgefühl, daß der andere Ersatz leiste. Diese Verbindlichkeit kann, wenn irgend ein Verschulden des Geschädigten in Frage kommt, so milde Formen annehmen, daß der verursachte Schaden nur unvollständig ersetzt wird. Die Verpflichtung des anderen, Entschädigung zu leisten, wird aber zwingend, wenn er durch die beanstandeten Handlungen oder Unterlassungen sich selbst einen Vermögensvorteil verschafft.

Wo immer dieser Rechtsgrundsatz gelehrt wird, haben wir ein Beispiel des unreifen Kulturzustandes, in welchem Gewalt vor Recht geht.

Aber so rückhaltslos dieser Rechtsgrundsatz in jedem Rechtsstaate auch anerkannt werden mag, so wird er in seinen Wirkungen doch bedeutend gemildert durch die unabweislichen Forderungen:

1. daß der Umfang oder Betrag des erlittenen Schadens einwandfrei festgestellt werde;
2. daß ebenso einwandfrei nachgewiesen werde, daß der erlittene Schaden durch die Handlungen oder Unterlassungen des anderen verursacht worden ist.

Sobald die Beweisführung in einem dieser beiden Punkte unvollständig bleibt, erleidet auch die Verbindlichkeit des anderen, Ersatz zu leisten, eine Abschwächung. Der Grad der Abschwächung ist ausschließlich abhängig von dem Ergebnis der Beweisführung.

Dies ist der Rechtsboden, auf welchem sich der Begriff der Kollektivhaftbarkeit im englischen Luftrecht entwickelt hat.

Dieser Rechtsboden ist aber nicht in irgend einem geschriebenen Gesetz enthalten, sondern er lebt im Rechtsbewußtsein des englischen Volkes.

Der Umstand, daß die Grundsätze des volkstümlichen Gemeinen Rechts (Common law) sich auf kein geschriebenes Gesetz stützen, hat seine Nachteile, aber auch Vorteile. Und es scheint, daß die Vorteile überwiegen. Denn mit dem Leben ist die natür-

liche Entwicklung unabweislich verbunden. Der Mangel eines geschriebenen Gesetzes schützt die Rechtsprechung im Gebiet des Gemeinen Rechts vor dem Kultus des Buchstabens. Jeder Richter urteilt in Übereinstimmung mit dem Rechtsgefühl des lebenden Volkes, als dessen Sprachorgan er sich betrachtet. Trotzdem sind Schwankungen in der Rechtsprechung nicht augenfällig, denn die Richter sind selbständig genug, um die Überlieferungen der Rechtsprechung fortzusetzen und der Gegenwart nur solche Zugeständnisse zu machen, die sich nicht mehr abweisen lassen. Dadurch wird die Entwicklung des englischen Rechts vor unregelmäßigen Sprüngen bewahrt und in jene stetige Bahn gelenkt, die ein charakteristisches Merkmal der gesunden kulturellen Entwicklung ist.

Für die Anwendung der Grundsätze des Gemeinen Rechts auf die Beziehungen zwischen Schädigern und Geschädigten stehen mehrere Verfahrungsweisen offen.

Die beiden wichtigsten Verfahrungsweisen vor den großen oberen Gerichten sind von alters her: die Klage auf Schadenersatz (action for damages) und die Anklage wegen Verursachung einer öffentlichen Plage (Bezichtigungsverfahren, indictment). Diese beiden Verfahrungsweisen sind statutarisch völlig verschieden voneinander, haben aber das gemeinsame Merkmal, daß sie viel Zeit erfordern und sehr teuer sind. Man vermeidet daher im allgemeinen, sie wegen kleiner Objekte einzuschlagen.

Neben diesen gibt es noch drei andere Verfahrungsweisen, welche unter günstigen Umständen zur Anwendung gelangen.

1. Die Beschwerde bei den Friedensrichtern (Justices of the peace oder korporativ Magistrates genannt), oder bei der örtlichen Gesundheitsbehörde, wenn eine solche vorhanden ist, und friedliche Einigung unter Anrufung eines Schiedsrichters (arbitration).

2. Das abgekürzte Verfahren auf Grund der Gesetze über summarische Rechtsprechung in Betreff kleinerer Objekte. Das Hauptgesetz ist die Summary Jurisdiction Act von 1848 (11. & 12. Vict. c. 43), um den Friedensrichtern in England und Wales die Erfüllung ihrer Pflichten außerhalb der

vierteljährlichen Gerichtssitzungen (Quarter sessions) in Betreff der summarischen Verurteilungen und Befehle zu erleichtern; — das Gesetz für London von 1848 (11. Vict. c. 71) über die leichtere Eintreibung kleiner Schulden und Forderungen innerhalb der Stadt London und ihrer Freibeirke; — in Schottland waren und sind dafür die Sheriff-Gerichte zuständig, gemäß dem zusammenfassenden Gesetz über die Eisenbahnregeln Schottlands von 1845; — in Irland das Gesetz von 1852 (14. & 15. Vict. c. 57 oder 93), um die früheren Gesetze zusammenzufassen und zu verbessern, welche das Verfahren des Kleinen Gerichts (Petty Sessions) und die Pflichten der Friedensrichter außerhalb der vierteljährlichen Gerichtssitzungen in Irland regeln.

3. Die Verklagung wegen Vertragsbruchs. Es steht jedermann frei, auf seinem eigenen Grundstücke einen beliebigen industriellen Betrieb einzurichten, vorausgesetzt, daß er die Vorschriften der geltenden Gesetze erfüllt. Wenn dagegen der Unternehmer, der eine Fabrik bauen will, ein Grundstück auf eine gewisse Zeit kauft oder pachtet, so wird in den Pachtvertrag (lease) mitunter die Klausel (Covenant) aufgenommen, daß auf dem Grundstücke kein Betrieb eingerichtet werden darf, welcher die Nachbarschaft belästigt oder gar schädigt.

Die Einrichtung und der Betrieb industrieller¹⁾ Anlagen, die keine Sprengstofffabriken sind, ist nicht an staatliche Genehmigung, sondern nur in Einzelfällen an privatrechtlichen Vertrag gebunden.

Wenn nun ein solcher industrieller Betrieb durch seine gasförmigen Auswurfstoffe den Bewohnern der Nachbarschaft Schaden zufügt, so ist der Grundeigner berechtigt, den Pächter wegen Vertragsbruchs (breach of covenant) zu verklagen.

Die Anwendung der hier geschilderten Rechtsmittel war in früherer Zeit mehrfach beschränkt durch die gesetzlichen Erfordernisse der Klagefähigkeit. Die Klagefähigkeit ist den Bedürfnissen entsprechend nach und nach erleichtert worden.

Wir wollen nun die Wirksamkeit dieser Rechtsmittel an einzelnen Beispielen zeigen und die daraus sich ergebende Umgestaltung der Haftpflicht an der Hand der Gesetze schildern.

Die Entwicklung der chemischen Großindustrie begann in England im Jahre 1823 nach vorläufiger Aufhebung der Salzsteuer,

indem James Muspratt eine Sodafabrik in Vauxhall Road, Everton bei Liverpool einrichtete. Endgültig und für immer wurde die Salzsteuer erst am 25. Januar 1825 durch das Gesetz 5. & 6. Geo. IV. c. 65 abgeschafft.

Bekanntlich schickte man damals die durch Zersetzung von Kochsalz mit Schwefelsäure entstehenden Salzsäuredämpfe mit den Feuergasen in die Luft.

Da Muspratt seine Fabrik rasch vergrößerte, so wurde diese Salzsäure den Bewohnern der Nachbarschaft bald unerträglich. Nach vier kleineren Klagen, die aber nicht genügende Wirkung hatten, wurde endlich die Korporation von Liverpool veranlaßt, das Bezichtigungsverfahren gegen ihn wegen Verursachung einer öffentlichen Plage zu erheben. Das Urteil fiel gegen Muspratt aus, der dadurch veranlaßt wurde, seine Fabrik i. J. 1831 nach Newton bei Warrington zu verlegen.

Der Schaden, den diese berühmte Fabrik in der Vegetation ihrer Umgebung anrichtete, ist sehr ausführlich geschildert worden in dem Bericht eines Ausschusses des Hauses der Lords vom Jahre 1862, dem diese Angaben entnommen sind.

In ganz ähnlicher Weise litten bis 1863 auch die Umgebungen von Newcastle, St. Helens, Widnes, Runcorn und anderer Orte.

Muspratt hatte sehr viele Entschädigungen zu zahlen, teils freiwillig, teils gezwungen. Nachdem auch ein Gutachten von Professor Brande zu seinen Ungunsten ausgefallen war, entschloß Muspratt sich, um den drückenden Entschädigungszahlungen zu entgehen, seine Fabrik bei Newton 1851 abzubauen und nach Widnes zu verlegen, wo sie seit 1852 betrieben wird.

Ähnlich erging es Peter Spence, der in Pendleton bei Manchester eine Ammoniakalaunfabrik besaß, in welcher er Gaswasser mit Schwefelsäure sättigte und das dabei entwickelte Schwefelwasserstoffgas in die Luft schickte. In dem Bezichtigungsprozeß Königin contra Peter Spence 1856 bis 1859 wurde Peter Spence im Jahre 1857 durch die Liverpoolsen Assisen schuldig befunden, eine öffentliche Plage zu verursachen.

Ein solches Erkenntnis hatte aber nur die Wirkung, den Angeklagten zu verpflichten, vor einem höheren Gericht zu erscheinen, um dort sein schließliches Urteil entgegenzunehmen.

Ehe er aber durch die „Queen's Bench“ verurteilt werden konnte, reichte er 80 schriftlich aufgenommene eidesstattliche Versicherungen (Affidavits) von Bewohnern der Nachbarschaft seiner Fabrik ein, deren Geruchs-

¹⁾ Zum Unterschied von gewissen gewerblichen Anlagen, wie Schlachthäusern etc., die dem städtischen Lizenzverfahren unterliegen.

nerven so vollständig abgestumpft waren, daß sie sich durch das Schwefelwasserstoffgas garnicht belästigt fühlten und daher das Vorhandensein einer öffentlichen Plage verneinten. Das Honorar für ein solches Affidavit betrug mindestens 2 £. Daher konnte in diesem Indictmentverfahren trotz des vorgängigen Erkenntnisses keine Verurteilung ausgesprochen werden. Denn die juristische Frage, ob eine öffentliche Plage vorhanden ist oder nicht, bleibt unentschieden, wenn sie einer bejaht und ein anderer verneint.

Aber, man hatte herausgefunden, daß Spences Fabrik auf gepachtetem Boden stand und daß in dem Pachtvertrage die Klausel (Covenant) enthalten war, daß er keine übelriechenden oder schädlichen Gase entweichen lassen durfte, welche die Nachbarschaft belästigen oder schädigen.

Daher erhob man vor dem „Chancery“-Gerichtshof gegen ihn die Zwischenklage (Injunction) wegen Vertragsbruchs (Breach of covenant). In diesem Falle lag die juristische Frage in Betreff der öffentlichen Plage anders, nämlich ähnlich wie in der Klage auf Schadenersatz vor einem höheren Gericht. Sobald jemand oder mehrere Anwohner, namentlich die Grundbesitzer, nachgewiesen hatten, daß übelriechende oder schädliche Gase Belästigungen oder Schädigungen verursacht hatten und daß solche Belästigungen oder Schädigungen sich wahrscheinlich wiederholen würden, so wurden die Belästigungen oder Schädigungen nicht dadurch beseitigt, daß einer oder beliebig viele andere aussagten, sie hätten keine Belästigung oder Schädigung verspürt.

Sowie Spence von dieser neuen Anklage hörte, gab er nach und verlegte 1859 seine Fabrik von Pendleton nach einem freien Felde bei Newton-Heath bei Manchester.

Die Kosten der klagenden Partei in diesem Prozeß beliefen sich auf etwa 2000 £. Diejenigen der Verteidigung auf mindestens ebensoviel; und trotz dieses großen Aufwandes, der mit allen Nebenausgaben wohl auf 80 000 bis 100 000 M. geschätzt werden kann, hat der komplizierte Apparat des Indictmentverfahrens vollständig versagt.

Aber selbst wenn dieses Verfahren zu einer Verurteilung führte, so pflegte die „Queen's Bench“, wenn mehrere Fabriken dicht nebeneinander lagen, doch nur sehr mäßige Strafen aufzuerlegen und der klagenden Partei nur einen kleinen Teil ihrer Kosten zu ersetzen. Die wirklich Geschädigten in der klagenden Partei, zu deren Gunsten die Behörde die Klage geführt hatte, konnten in diesem Verfahren aber keinerlei Entschädigung erhalten. Diese mußten sie durch

die Zivilklage auf Schadenersatz zu erlangen suchen.

Das Indictmentverfahren konnte wegen der hohen Prozeßkosten zur Unterdrückung oder Vertreibung der schädigenden Fabriken führen. Wir haben an zwei Beispielen gesehen, wie die Fabriken hin- und hergejagt wurden, bis sie entweder auf ödem Lande oder in einem Industriezentrum Ruhe und Schutz fanden.

Daß dies ein wirtschaftlich höchst betrübendes Ergebnis war, liegt auf der Hand. Recht und Gesetz sollen die kulturfördernden industriellen Unternehmungen nicht unterdrücken, vertreiben, unmöglich machen, sondern sie begünstigen und ihnen helfen, zu wachsen, zu blühen und zu gedeihen zu solcher Form, daß sie sich entwickeln können, ohne die Gemeinschaft zu schädigen. Und wenn das bestehende Recht und Gesetz dieser Aufgabe nicht gewachsen ist, so muß eben neues Recht und Gesetz geschaffen werden, welches den neuen Zeitaufgaben dienlich und förderlich ist.

Aus solchen Erwägungen heraus wurde das Alkaligesetz von 1863 geschaffen, welches die Fabriken zu derartigen Verbesserungen zwang, daß sie bestehen konnten, ohne ihre Nachbarschaft zu gefährden.

Ehe aber dieses Gesetz seine wohlthätigen Wirkungen äußern konnte, bestand überall in der Nähe von chemischen Fabriken das dringende Verlangen nach Ersatz des erlittenen Schadens.

Die Formen, unter denen die Entschädigungen eingetrieben wurden, sind aus den einzelnen gesetzlichen Bestimmungen erkennbar, die wir anführen wollen, ohne zu sehr in Einzelheiten zu gehen.

Im Nuisances Removal Act von 1855 (18. & 19. Vict. c. 121) lauteten die Abschnitte 28 und 30 wie folgt:

„28. Wenn der Beklagte bei seinem Erscheinen vor den Friedensrichtern Einspruch dagegen erhebt, daß der Gegenstand der Klage durch diese Richter entschieden werde, schriftliche Zeugenaussagen beibringt, und eine von den Friedensrichtern für genügend erachtete Sicherheit bietet, daß er sich einem höheren Gerichtshofe stellen wird, der über den Gegenstand der Klage gegen ihn zu verhandeln haben würde; — so soll die Ortsbehörde das Verfahren gegen ihn vor den Friedensrichtern einstellen, und soll sogleich bei einem höheren Gerichtshof Ihrer Majestät einen Prozeß einleiten, um die Plage zu mildern oder zu beseitigen.“

„30. Die Ortsbehörde kann im Bereich ihrer Zuständigkeit gegen alle Personen, welche gegen dies Gesetz verstoßen, ein gerichtliches Verfahren unter dem Gemeinen Recht (in Law or in Equity) einleiten, um von ihnen Schaden-

ersatz zu erlangen, oder um ihre Bestrafung zu erwirken; — oder darf alle erforderlichen Schritte tun, wenn der Beklagte auf Grund dieses Gesetzes an ein höheres Gericht appelliert hat; — und darf die Prozeßkosten aus den Steuern oder Kassenbeständen bestreiten, die unter ihrer Verwaltung stehen.“

Dieses Gesetz hatte ganz kuriose Wirkungen. Der Unterstaatssekretär Tom Talyor, der das Gesetz entworfen hat, berichtet darüber dem Ausschuß des Hauses der Lords:

Nach diesem Gesetz hatte jeder Fabrikant das Recht, die Friedensrichter abzulehnen, und die Ortsbehörde war dann gezwungen, den Gegenstand der Klage vor einen höheren Gerichtshof zu bringen und dadurch die Steuerzahler des Ortes in sehr schwere Ausgaben zu stürzen.

Dieser Fall ist aber bis 1862 niemals eingetreten; denn sowie die Ortsbehörde die vertrauliche Nachricht erhalten hatte, daß jemand, im Falle man ihn vor den Friedensrichtern beklagte, diese ablehnen würde, um den Gegenstand der Klage vor einen höheren Gerichtshof zu bringen, so verzichtete sie überhaupt auf die Erhebung irgend welcher Klage.

Daher kam dieses Gesetz nur in solchen Fällen zur Wirkung, in denen der Beklagte sich gutwillig aus Unwissenheit oder Mittellosigkeit dem Verfahren durch die Friedensrichter unterwarf. Dadurch wurden wenigstens die Plagen durch die kleinen und kleinsten handwerksmäßigen Betriebe beseitigt. Großen und reichen industriellen Firmen konnte oder mochte man aber nichts anhaben.

Um diese und andere Mängel des Gesetzes zu beseitigen, wurde durch den Nuisances Removal and Diseases Prevention Act von 1860 (23. & 24. Vict. c. 77) auch Privatpersonen das Recht zuerkannt, das summarische Verfahren vor den Friedensrichtern anzustringen und durchzuführen. Die Haftpflicht der Fabrikanten konnte dadurch leichter in Anspruch genommen werden.

Einen beträchtlichen Schutz genossen die Fabrikanten durch die englische Rechtsauffassung, daß der einem Grundstück zugefügte Schaden, wie Zerstörung von Bäumen, Hecken, Feldfrüchten und Wiesen, ein dem Eigentümer persönlich zugefügter Schaden ist.

So berechnete der Großgrundbesitzer Sir John Gerard den Schaden, den er während der Jahre 1839—1852 an seinen Ländereien durch die Fabriken von Widnes und St. Helens erlitten zu haben behauptete, auf 8000 bis 10000 £. Er erhielt beträchtliche Entschädigungen, hatte daraus aber die sehr bedeutenden Prozeßkosten zu tragen. Nach seinem Tode konnte sein Erbe Sir Robert

Gerard, der die Güter in beschädigtem Zustande übernahm, keinen Ersatz mehr für den Schaden erhalten, den sein Vater Sir John an seinen Gütern erlitten hatte.

Einer ganz besonderen Sicherheit gegen Klagen erfreuten sich solche Fabriken, die in einem spitzen Zipfel eines Bezirkes lagen, der sich schmal zwischen andere Bezirke hineinschob. In solchem Falle konnte der benachbarte Bezirk größeren Schaden leiden, als der Bezirk, auf dessen Boden die Fabrik stand, und hatte nach den Gesetzen bis 1862 doch kein Mittel dagegen, wenn der Bezirk, in welchem die schädigende Fabrik lag, sich weigerte, die Kosten eines gerichtlichen Verfahrens zu tragen. Solche Fälle zeigten die Notwendigkeit, die bestehenden Gesetze zu ändern.

Das Alkaligesetz von 1863 (26. & 27. Vict. c. 24) hatte den Zweck, die Ursache der Beschädigung der Nachbarschaft zu beseitigen. Daher konnte dieses Gesetz, seiner inneren Natur entsprechend, den Anwohnern der Fabriken und den benachbarten Grundbesitzern kein direktes rechtliches Mittel bieten, um den erlittenen Schaden ersetzt zu erhalten. Den individuell Geschädigten blieb nach wie vor nur die Klage auf Schadenersatz, der geschädigten Gemeinde nur die Anklage wegen Verursachung einer öffentlichen Plage unter dem Gemeinen Recht übrig, mit allen großen Prozeßkosten und der Ausichtslosigkeit, einen Erfolg zu erzielen, sobald mehrere Fabriken dicht zusammenlagen, weil es dann unmöglich war, den verursachten Schaden auf eine bestimmte Fabrik zurückzuführen, oder den Schaden unter mehrere Fabriken gerecht zu verteilen.

Wenn aber eine dieser Fabriken unter dem Alkaligesetz verurteilt war und die anderen nicht, so konnte man dies als Fingerzeig dafür betrachten, daß die verurteilte Fabrik den Schaden verursacht hat und nicht die übrigen, gut geleiteten Fabriken.

Im Public Health Act von 1875 (38. & 39. Vict. c. 55) wurde die schwierige Frage, wie von dicht zusammenliegenden Fabriken Schadenersatz zu erlangen ist, direkt in Angriff genommen. Der Abschnitt 255 lautete:

„Wenn es scheint, daß eine Plage unter diesem Gesetz ganz oder teilweise durch die Handlungen oder Unterlassungen von zwei oder mehr Personen verursacht wird, so soll die Ortsbehörde oder ein anderer Beschwerdeführer das Recht haben, ein gerichtliches Verfahren gegen irgend eine der genannten Personen einzuleiten; oder irgend zwei oder mehr, oder alle der genannten Personen in ein Verfahren einzugreifen; —

und irgend eine oder mehrere dieser Personen können den gerichtlichen Befehl erhalten,

die Plage abzustellen, wenn dem Gerichtshofe, der den Fall zu behandeln hat, es scheint, daß diese Person oder Personen die Plage durch Handlungen oder Unterlassungen verursacht hat oder haben; —

oder es kann ihnen die Fortsetzung solcher Handlungen oder Unterlassungen verboten werden, welche nach Ansicht des Gerichtshofs zur Plage beitragen; —

oder können in Geldstrafe genommen, oder anders bestraft werden, ohne Rücksicht darauf, daß die Handlungen oder Unterlassungen einer einzelnen Person allein noch keine Plage verursacht haben würden; —

und die Kosten des Verfahrens mögen so verteilt werden, wie es dem Gerichtshofe als gerecht erscheint.

Ein Prozeß gegen mehrere Personen, die in eine Anklage eingeschlossen sind, soll nicht wegen des Todes eines der Angeklagten aufgehoben, sondern so weitergeführt werden, als wenn die gestorbene Person ursprünglich nicht in die Anklage eingeschlossen gewesen wäre.“

Hier haben wir bereits die Kollektivhaftbarkeit in Form der Kollektivklage, wenn auch von Schadenersatz noch nicht deutlich gesprochen wird.

Die Faktoreigesetze und auch das Haftpflichtgesetz von 1880 (43. & 44. Vict. c. 42) betreffen nur die Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, nicht aber die Beziehungen zwischen Fabrikanten und ihren Nachbarn, in denen die hier behandelte Kollektivhaftbarkeit in Frage kommt.

Die Königliche Kommission zur Untersuchungschädlicher Dämpfe sprach sich in ihren Beschlüssen vom 13. Aug. 1878 wie folgt aus:

„In allen Fällen, in welchen Plage oder Schaden nachgewiesenermaßen durch mehr als ein Individuum verursacht wird, soll der Gerichtshof die Vollmacht haben, den Schaden auf die verschiedenen Verursacher zu verteilen, und die Beiträge einzutreiben; und auch die Gerichtskosten allen oder einigen der Verursacher der Plage oder des Schadens aufzuerlegen.“

Dieser Beschluß erhielt in dem großen Alkali, etc. Works Regulation Act von 1881 (44. & 45. Vict. c. 37) im Abschnitt 28 folgende gesetzliche Form:

„Wenn eine Plage, welche durch ein schädliches oder lästiges Gas oder Dämpfe hervorgerufen wird, ganz oder teilweise durch die Handlungen oder Unterlassungen mehrerer Personen verursacht wird, so kann jede Person, welche unter solcher Plage leidet, gegen jede einzelne oder gegen mehrere der bezeichneten Personen gerichtlich klagen, und kann Schadenersatz beanspruchen von jeder Person, welche in die Anklage eingeschlossen ist, und zwar in dem Verhältnis, in welchem jede Person zu der Plage beigetragen hat, ungeachtet des Umstandes, daß die Handlung oder Unterlassung einer solchen einzelnen Person für sich allein noch keine Plage verursacht haben würde.

Dieser Abschnitt soll keine Anwendung finden auf irgend einen Beklagten, welcher eine Bescheinigung vom Oberinspektor beibringen kann, daß in der Fabrik dieses Beklagten die Anforderungen dieses Gesetzes erfüllt worden sind, und auch erfüllt worden sind zu der Zeit, als die Plage sich bemerklich machte.“

Dies ist das Gesetz über Kollektivhaftbarkeit der chemischen Fabriken, welches noch jetzt in Geltung steht. Aus ihm ergibt sich folgender Sachverhalt: Wenn mehrere Fabriken dicht zusammenliegen, wie z. B. in Widnes, St. Helens, Newcastle, so können die großen und gutgeleiteten Fabriken, deren geringe Gasverluste für sich allein keine Plage verursachen würden, unter Umständen für die Gasverluste der kleinen und schlechtgeleiteten Fabriken haftbar gemacht werden.

Die Wirkung dieses Sachverhaltes ist folgende: die großen alten Fabriken haben ein dringendes Interesse daran, daß auch die kleinen und neuingerichteten Fabriken in ihrer Nachbarschaft stets und gleich von vornherein technisch gut arbeiten. Daher beilegen sich die großen Fabriken, die dort ausprobierten besten praktischen Mittel, um Gasverluste zu verhüten, ihren schwächeren und unerfahreneren Nachbarn mitzuteilen und durch Gestattung der Besichtigung der Anlagen zur Einführung zu empfehlen.

Der Vorteil, der sich aus diesen Wirkungen für die Hebung der Industrie im ganzen, des Nationalwohlstandes und der Steuerkraft des Landes ergibt, liegt auf der Hand. Die durchschnittliche Betriebsführung aller Fabriken wird gehoben, indem die Einrichtung und die Leitung der minderwertigen Fabriken nach der Seite der bestgeleiteten Fabriken hin verschoben wird.

Die Kollektivhaftbarkeit bildet also eine sehr wesentliche Ergänzung der Klausel von den besten praktischen Mitteln²⁾.

Die Wirkungen beider Instrumente befördern einander zum Wohle der englischen Industrie und des Nationalwohlstandes.

Wir erblicken hierin einen neuen Beweis für die Geschicklichkeit der Engländer, ihre Gesetze so einzurichten, daß sie einen praktischen Vorteil daraus ziehen.

Diese Seite der Kollektivhaftbarkeit ist übrigens von den englischen Fabrikanten schon längst erkannt worden. Der Verein der Sodafabrikanten von Widnes hatte im Jahr 1859 für sich private Statuten entworfen, welche wesentlich den Zweck hatten, jeden einzelnen Fabrikanten möglichst rasch mit allen Verbesserungen bekannt zu machen, die irgendwo

²⁾ Vgl. diese Zeitschrift 1903, Heft 37.

anders eingeführt waren und sich bewährt hatten, um Belästigungen der Nachbarschaft zu vermeiden. Diese Statuten sind als Appendix C in dem Bericht der Lords von 1862, Seite 254, abgedruckt. Sie waren aber so scharf auf den persönlichen Vorteil der Vereinsmitglieder zugespitzt und dabei so bindend, daß sie aus Mangel an Beteiligung nicht ins Leben traten und auch nicht für die Gesetzgebung zu verwerten waren.

Wichtiger war die kurze Denkschrift einiger der hervorragenden Fabrikanten der chemischen Industrie, welche dem Ausschuß des Hauses der Lords 1862 eingereicht wurde³⁾. In dieser Denkschrift sagten die Fabrikanten ihre freudige Mitwirkung bei Einführung von Verbesserungen in der Kondensation schädlicher Gase zu.

Die spätere Gesetzgebung hat das zuletzt angeführte Gesetz über Kollektivhaftbarkeit von 1881 kaum mehr bereichert.

In dem Public Health (London) Act von 1891 (54. & 55. Vict. c. 76) lautet der Abschnitt 120:

„1. Wenn eine unter dieses Gesetz fallende Plage augenscheinlich ganz oder teilweise durch die Handlungen oder Unterlassungen von zwei oder mehr Personen verursacht wird, so darf die Gesundheitsbehörde oder ein anderer Beschwerdeführer gegen irgend eine solche Person gerichtlich klagen, oder darf alle oder irgend zwei oder mehr von ihnen in die Klage einschließen; —

und irgend eine oder mehrere solcher Personen können den Befehl erhalten, die Plage abzustellen, soweit, wie es dem Gerichtshofe, der sich mit der Klage befaßt, scheint, daß sie durch deren Handlungen oder Unterlassungen verursacht wird; und es kann ihnen verboten werden, solche Handlungen oder Unterlassungen fortzusetzen, welche nach Ansicht des Gerichtshofes zur Plage beitragen; — oder können mit Geldstrafe belegt oder auf andere Weise bestraft werden, ungeachtet der Möglichkeit, daß die Handlungen oder Unterlassungen irgend einer einzelnen jener Personen für sich allein noch keine Plage verursacht haben würden; —

und die Kosten mögen verteilt werden, wie der Gerichtshof es für recht und billig hält.

2. Ein Prozeß gegen mehrere Personen, die in eine Klage eingeschlossen sind, soll nicht wegen Ablebens einer der eingeschlossenen Personen abgebrochen werden, sondern soll so weitergeführt werden, als ob die verstorbene Person nicht in die ursprüngliche Klage eingeschlossen gewesen wäre.

3. Wenn nur gegen einige der Personen, durch deren Handlungen oder Unterlassungen eine Plage verursacht worden ist, unter diesem Gesetz geklagt wird, so sollen diese — ohne sonstigen Rechtsmitteln vorzugreifen — berechtigt sein, von

den übrigen Personen, die nicht in die Klage eingeschlossen waren, durch summarisches Verfahren einen proportionellen Teil der Kosten und Unkosten des Prozesses und der Plagebeseitigung, und etwaiger Geldstrafen und Kosten einzutreiben, deren Zahlung durch den Gerichtshof in diesem Prozeß befohlen wurde.“

In diesem Gesetz ist gegen früher Vorsorge getroffen worden, daß Alle, die an der Verursachung einer Plage mitgewirkt haben, auch zur Teilnahme am Schadenersatz herangezogen werden. Die Last, welche einmal getragen werden muß, drückt den Einzelnen nicht so sehr, wenn sie auf viele Schultern verteilt wird.

Wir sehen auch hier das erfolgreiche Streben einer ausgleichenden Gerechtigkeit, die verursachten Schäden zu ersetzen, ohne die einzelnen Fabrikanten gar zu schwer zu belasten.

Auch in diesem Gesetzgebungsgebiet haben die größeren Fabrikanten — ohne an Altruismus zu denken — ein praktisches Interesse daran, ihren schwächeren Konkurrenten behilflich zu sein, ihre Einrichtungen zur Verhütung der Rauchplage und zur Beseitigung belästigender Dämpfe zu verbessern.

Ohne Altruisten zu sein, werden die englischen Fabrikanten durch ihren eigenen Vorteil veranlaßt, altruistisch zu handeln.

Dies ist ein Kunststück und ein Erfolg, welchen die Gesetzgebung nur selten erreicht.

Alles in allem erweist sich die englische Kollektivhaftbarkeit als ein kräftiges Hilfsmittel zur Beförderung der Industrie.

Berlin, 14. September 1903.

Das Kaliumtetroxalat als Titersubstanz.

Von O. Kühling.

(Mitteilung aus dem Technologischen Institut der Universität Berlin.)

Das im Jahre 1856 von Kraut als Titersubstanz empfohlene Kaliumtetroxalat hat von seiten der Analytiker sehr verschiedene Beurteilung erfahren. Es ist als leicht rein und gewichtskonstant zu erhaltende Substanz von Ulbricht und Meisel¹⁾, Meinecke²⁾ und Wagner³⁾ empfohlen worden, dagegen haben Wells⁴⁾, Hinmann⁵⁾, Bornträger⁶⁾ und Dupré jun. und A. von Kupffer⁷⁾ angegeben, daß das Salz nicht von

¹⁾ Zeitschr. f. analytische Chemie 26, 350.

²⁾ Chemiker-Zeitung 1895, 6.

³⁾ Ibidem 1901, 900.

⁴⁾ Journ. of appl. and an. chem. 6, 191.

⁵⁾ Ibidem 6, 435.

⁶⁾ Zeitschr. f. analytische Chemie 31, 43.

⁷⁾ Zeitschr. f. angewandte Chemie 1902, 352.

³⁾ Bericht der Lords von 1862, Seite X und 156; Aussage 1694.